

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
BAU- UND
UMWELTAUSSCHUSSES**

Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:
12. BAU 2009-2014
Sitzungsdatum:
16.06.2011

Niederschrift

Übach-Palenberg, den 16.06.2011

Unter dem Vorsitz von Wolfgang Schneider versammelte sich heute um 17:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses (Ortstermin 16:00 Uhr: Besichtigung des Rathausplatzes) der

Bau- und Umweltausschuss

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

Tagesordnung

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschriften der letzten Sitzungen
- 1.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 31.03.2011
- 1.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 03.05.2011
2. Demografischer Wandel in Übach-Palenberg
hier: Handlungsfeld Wohnen
3. Vorstellung der Planung für den Rathausplatz
4. Bebauungsplan Nr. 86 - Saarstraße - 2. Änderung
hier: Erneuter Aufstellungsbeschluss und Anordnung der Öffentlichkeits-
und Behördenbeteiligung
5. 2. Änderung des Rahmenbetriebsplanes für den Tagebau Inden,
Stellungnahme zum Antrag der RWE Power AG vom 17.12.2010
6. Erweiterungen zur Tagesordnung
7. Bericht und Mitteilungen der Verwaltung

B) Nichtöffentliche Sitzung

8. Gründung der GREEN Gesellschaft für regionale und erneuerbare Energie
mbH
9. Vergabeangelegenheiten
- 9.1 Rathausplatz
Herstellung der Verkehrsfläche zwischen Brunnenanlage und Neubau Se-

niorenwohnheim

- 9.2 Auftragserweiterung für den Ausbau des Waubacher Weges
- 9.3 Regenklärbecken Heinsberger Straße
hier: Ingenieurauftrag Ausführungsplanung, techn. Ausrüstung, örtl. Bauleitung
- 9.4 Kanalzustandserfassung und Bewertung gemäß SÜwV-Kan
Fortschreibung 2011
Ingenieurauftrag für örtliche Betreuung und anschließende Bewertung
- 9.5 Zustandserfassung der Kanalisationsanlagen gemäß SÜwV-Kan und der
Hausanschlussleitungen gemäß § 61a LWG
- 9.6 Kanalerneuerung und Straßenvollausbau in Teilbereichen der Kloster- und
der Schulstraße
hier: Ingenieurauftrag Planung
- 9.7 Hausmeistervertrag Kanal
hier: Durchführung von Reparaturarbeiten an städtischen Kanälen und Her-
stellung von Kanalhausanschlüssen
- 10. Erweiterungen zur Tagesordnung
- 11. Bericht und Mitteilungen der Verwaltung

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Herr Wolfgang Bien	UWG	
Herr Rudolf Burbaum	SPD	während TOP 2 von 17.26 Uhr bis 17.45 Uhr
Herr Herbert Fibus	SPD	
Herr Fred Fröschen	CDU	
Herr Josef Fröschen	CDU	
Herr Gerhard Gudduschat	CDU	als Vertreter für Stadtverordnete Gillen
Herr Hüseyin Salin	SPD	als Vertreter für sachk. Bürger Hufnagel
Herr Wolfgang Schneider	SPD	
Herr Jörg Ulrich	CDU	als Vertreter für Stadtverordneten Görtz
Herr Hubert Wynands	CDU	ab 17.05 Uhr (während TOP 2)

Sachkundige Bürgerinnen und Bürger

Herr Georg Hennes	UWG	
Herr Thomas Otten	CDU	keine Teilnahme an der Ortsbe- sichtigung
Herr Dr. Lothar Wissing	B'90/Die Grünen	keine Teilnahme an der Ortsbe-

sichtigung

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner

Herr Hans-Jürgen Mallmann FDP

Mitglieder mit beratender Stimme

Herr Peter Lürken parteilos

keine Teilnahme an der Ortsbesichtigung

Abwesende

Frau Carla Glashagen parteilos

Herr Volker Schlüter SPD

Gäste

Herr Wolfgang Gudduschat FDP

anwesend während der Ortsbesichtigung

Verwaltungsbedienstete

Herr Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch

Herr Erster Stadtbeigeordneter Engelbert Piotrowski

bis Ende TOP 2; keine Teilnahme an der Ortsbesichtigung

Herr Volkhard Dörr

bis Ende TOP 2; keine Teilnahme an der Ortsbesichtigung

Herr Stadtverwaltungsrat Helmut Mainz

Herr Technischer Angestellter Achim Engels

Frau Technische Angestellte Elsbeth Simon

Herr Technischer Angestellter Bernd Wingen

Schriftführerin

Frau Stadtamtfrau Kerstin Schade

1. stv. Ausschussvorsitzender **Schneider** erklärte, dass Ausschussvorsitzende Gillen für die heutige Sitzung verhindert sei und er somit als 1. stv. Ausschussvorsitzender die Sitzungsleitung übernehme. Er stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Er begrüßte die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung, die Zuschauer, den Vertreter der Presse und Herrn Hermann von Pro3S.

A) Ortsbesichtigung

Vor Beginn der Sitzung fand zu Tagesordnungspunkt 3 um 16.00 Uhr eine Ortsbesichtigung des Rathausplatzes statt.

1. stv. Ausschussvorsitzender **Schneider** begrüßte die Anwesenden.

Technische Angestellte **Simon** erläuterte vor Ort die Planungen für den Rathausplatz. Es sei vorgesehen, dass die alten Pflastersteine bis Hausnummer 10 gelegt werden. Den

restlichen Bereich vor dem Seniorenwohnheim wolle man mit farbigem Betonsteinpflaster versehen. Technische Angestellte **Simon** zeigte Muster dieser Pflastersteine und erklärte, dass diese flacher als das Natursteinpflaster und somit wesentlich geeigneter für Rollstühle und Rollatoren seien. Die Fahrbahn als Zufahrt für die Feuerwehr wolle man farblich hervorheben.

Weiterhin sei geplant, zwei weitere Bäume (Felsenbirne) im Bereich des Brunnens zu pflanzen und das Pflanzbeet im vorderen Bereich des Brunnens Richtung Dammstraße wiederherzustellen. Zusätzlich sollen zwei kleine Grünflächen entstehen, einmal vor den Balkonen Dammstraße und einmal entlang der Rampe. Diese beiden Grünflächen werden zukünftig von der Firma Heinrichs gepflegt.

Den Bereich zwischen Seniorenwohnheim und Haus Nummer 10 wolle man abpollern mit zwei festen und zwei beweglichen Pollern, um einerseits einen Durchgangsverkehr zu verhindern und andererseits eine Feuerwehrezufahrt zu ermöglichen. Weiterhin werden zwei neue Leuchten installiert.

1. stv. Ausschussvorsitzender **Schneider** erkundigte sich nach den derzeitigen provisorischen Parkplätzen.

Technische Angestellte **Simon** erklärte, die Parkflächen seien derzeit noch ein Problem. Man könne den Parkbedarf jedoch erst nach Abschluss der Bauphase konkret beurteilen.

1. stv. Ausschussvorsitzender **Schneider** fragte, ob die alten Pflastersteine noch vorhanden seien.

Technische Angestellte **Simon** bestätigte dies. Die alten Pflastersteine habe man nach der Entnahme größtenteils eingelagert, so dass für die vorgesehene Fläche ausreichend Steine vorhanden seien.

Stadtverordneter **Salin** fragte, warum eine andere Baumart als die bereits bestehenden Platanen gepflanzt werden solle.

Technische Angestellte **Simon** erklärte, dass die geplanten Felsenbirnen Tiefwurzler seien und im Frühjahr weiße Blüten tragen, was ansprechender aussehe, insbesondere vor dem Hintergrund, dass man auf die Anlage von pflegeintensiven Pflanzbeeten verzichten wolle. Außerdem könnten diese Bäume auch bei einer Umplanung des Rathausplatzes erhalten bleiben.

Im Anschluss an die Begehung des Rathausplatzes schloss sich noch eine Besichtigung des neuen Seniorenwohnheimes an.

Die Ortsbesichtigung endete um 16.50 Uhr.

B) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzungen

1.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 31.03.2011

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung des Bau- und Umweltausschusses vom 31.03.2011 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

1.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 03.05.2011

Sachkundiger Einwohner **Mallmann** erklärte, seiner Meinung nach sei die Niederschrift nicht vollständig, da eine von ihm vorgenommene Stellungnahme fehle. Er habe diese Stellungnahme schriftlich formuliert und der Schriftführerin übergeben. Er bat darum, diese Ergänzung als Anlage zur heutigen Niederschrift zu diesem Tagesordnungspunkt beizufügen.

Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

(Das Schreiben des sachkundigen Einwohners Mallmann ist als Anlage dieser Niederschrift beigefügt.)

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung des Bau- und Umweltausschusses vom 03.05.2011 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

2. Demografischer Wandel in Übach-Palenberg hier: Handlungsfeld Wohnen

Herr **Hermann** von der Pro3S berichtete in einem Folienvortrag über seine Untersuchungen zum Thema "Wohnen in Übach-Palenberg". Der Vortrag ist als Anlage der Niederschrift beigefügt.

1. stv. Ausschussvorsitzender **Schneider** dankte Herrn Hermann für den interessanten Bericht und fragte, ob es von Seiten der Ausschussmitglieder hierzu Fragen oder Anmerkungen gebe.

Sachkundiger Bürger **Dr. Wissing** erklärte, er befürchte, dass der Einfluss der Stadt nur sehr gering sei. Wie könne sie zum Beispiel beeinflussend auf den Investor einwirken? Welche Instrumente gebe es hierfür?

Herr **Hermann** antwortete, um dies konkret für Übach-Palenberg zu sagen, kenne er die Stadt nicht ausreichend genug. Aber in anderen Städten habe man zum Beispiel erfolgreich eine Baulückenbörse eingeführt. Seiner Meinung nach habe eine Stadt viele Möglichkeiten positiven Einfluss zu nehmen.

Stadtverordneter **Bien** erklärte, ihm sei aufgefallen, dass die Ergebnisse überwiegend auf statistischen Zahlen beruhen und zum anderen sehr besorgniserregend seien. Seiner Meinung nach fehle aber die Darstellung der vielen positiven Aktivitäten in Übach-Palenberg. Hier seien zum Beispiel die Carolus-Magnus-Straße und die Saarstraße zu nennen.

Herr Hermann habe zum Beispiel auch gemeinschaftliche Parkanlagen angesprochen. Auch die habe Übach-Palenberg seiner Meinung nach zu bieten. Weiterhin vermisse er in dem Bericht ein wenig die Praxisnähe, wie man sich nun verhalten solle.

Herr **Hermann** erklärte, was er kritisiere sei, dass Vorhaben verwirklicht werden ohne Berücksichtigung der Gesamtsituation. Das Arbeiten anhand der Kennzahlen sei hier wichtig.

Stadtverordneter **Bien** erklärte, Herr Hermann habe auch von veralteter Bausubstanz gesprochen und diese als problematisch bezeichnet. Aus seiner Sicht handele es sich hier aber um wertvolle Bausubstanz. Bereits 2009 habe die UWG einen Antrag gestellt, die Verwaltung möge dem Rat geeignete Sanierungsgebiete und bauliche Entwicklungsbereiche zur förmlichen Festlegung vorschlagen, um so die Grundvoraussetzung für Eigentümer und Investoren zu schaffen, erhöhte steuerliche Absetzungen nach dem ESTG für Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen beantragen zu können. Damals, zur Zeit anderer Mehrheitsverhältnisse, sei der Antrag abgelehnt worden. Nach der heutigen Diskussion sei zu überlegen, ob man einen solchen Antrag noch einmal einbringen solle.

Herr **Hermann** erklärte, er habe bewusst nicht an vergangene politische Entscheidungen angeknüpft. Man könne über vieles nachdenken, zum Beispiel auch, bestimmte Viertel historienbewusst beizubehalten. Man müsse aber auch sehen, dass einige Viertel nicht mehr attraktiv seien. Hier stelle sich die Frage, was man zu tun gedenkt. Man müsse sich überlegen, welche Strategien man für welche Zielgruppen verfolgen wolle. Und man müsse überlegen, wie man es schaffen könnte, auch neue Einwohnergruppen anzuziehen.

Stadtverordneter **Josef Fröschen** erklärte, dies sei heute ein sehr umfangreicher Vortrag gewesen, den man sicherlich auch erst einmal verdauen müsse. Als Stadtverordneter wisse er nicht, wo er konkret anpacken solle und könne. Man könne doch niemanden, der neu bauen möchte auf die bestehenden Leerstände verweisen. Hier gelte doch der freie Wille. Er sehe in Bezug auf den Wohnungsbau keine konkreten Handlungsmöglichkeiten.

Herr **Hermann** erklärte, er wolle die Neubaugebiete St. Rochus oder Kirchen-

weg II nicht kritisieren. Aber er wolle darauf hinweisen, dass man vorab alle Möglichkeiten durchgehen und sich darüber klar werden solle, was wo möglich sei. Das Kennzahlensystem schließe alle Möglichkeiten ein, sowohl Baulücken als auch neue Baugebiete. Zukünftig sollte man breitere/ flexiblere Wohnmöglichkeiten anbieten. Er wolle anregen, bestimmte Überlegungen zukünftig mit einzubeziehen und Entscheidungen in Zusammenhang mit dem Kennzahlensystem zu betrachten und zu treffen.

Stadtverordneter **Fibus** sagte, ihn würde interessieren, wie Übach-Palenberg im Vergleich zu anderen Städten zu betrachten sei. Übach-Palenberg sei nach wie vor eine der dicht besiedeltsten Städte im Umkreis. Grundsätzlich gebe es auch die unterschiedlichsten Interessen bei der Auswahl eines Wohnstandortes. Man wisse nicht, wie sich dies zukünftig verändern werde. Statistik sei nun einmal nicht alles.

Herr **Hermann** erklärte, in Bezug auf die Altersentwicklung ergebe sich auch bei anderen Städten ein ähnliches Bild. Er wolle noch einmal hervorheben, dass er die Logik des Kennzahlensystems für den Schlüssel der zukünftigen Stadtplanung halte.

- - - - -

Sachkundiger Einwohner **Mallmann** erklärte, vor Einstieg in die Tagesordnung sei nicht gefragt worden, ob es Anmerkungen zur Tagesordnung gebe. Er habe aber die Frage, ob der Tagesordnungspunkt 8 "Gründung der GREEN Gesellschaft für regionale und erneuerbare Energie mbH" nun öffentlich oder nichtöffentlich sei. Auf der Tagesordnung stehe der Punkt im nichtöffentlichen Teil, abgedruckt sei die Sitzungsvorlage jedoch nicht in rot.

Stadtverwaltungsrat **Mainz** erläuterte, der Tagesordnungspunkt sei nichtöffentlich, so wie es auf der Tagesordnung stehe. Auch die Sitzungsvorlage zeige den Status nichtöffentlich an, jedoch wurde sie versehentlich auf der falschen Papierfarbe abgedruckt.

Sachkundiger Einwohner **Mallmann** erklärte, dann wolle er an dieser Stelle seine Bedenken hierzu äußern. Seiner Meinung nach müsse dieses Thema öffentlich behandelt werden. Er beantrage daher, den Tagesordnungspunkt in den öffentlichen Teil zu verweisen.

Stadtverordneter **Josef Fröschen** fragte, ob dem nicht rechtliche Probleme entgegenstehen.

Bürgermeister Jungnitsch antwortete, es sei nichts dagegen einzuwenden, das grundsätzliche Vorhaben öffentlich vorzustellen solange nicht konkrete Vertragsinhalte thematisiert werden. Da es bei der Entscheidung aber um eine Vertragsangelegenheit gehe, müssten die entsprechenden Beratungen hierzu im nichtöffentlichen Teil erfolgen. Er schlage daher vor, den geplanten Vortrag zum grundsätzlichen Vorhaben in den öffentlichen Teil zu verschieben, die

anschließende Beratung und Entscheidung jedoch im nichtöffentlichen Teil zu belassen.

Stadtverordneter **Fibus** schlug vor, diesen Tagesordnungspunkt heute grundsätzlich zu vertagen, da noch Informationsbedarf bestehe.

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, es sei eine Sache, Vortrag und Beratung voneinander zu trennen, eine andere, den Tagesordnungspunkt zu vertagen. Seiner Meinung nach sollte nun zunächst darüber entschieden werden, ob der Vortrag im öffentlichen Teil und Beratung und Entscheidung im nichtöffentlichen Teil erfolgen sollen. Über die Vertagung der Entscheidung könne man nach dem Vortrag immer noch abstimmen.

1. stv. Ausschussvorsitzender **Schneider** fragte, ob sich die Ausschussmitglieder damit einverstanden erklären, den Vortrag in den öffentlichen Teil zu verweisen, Beratung und Entscheidung jedoch im nichtöffentlichen Teil zu belassen. Dem wurde einstimmig zugestimmt.

3. Vorstellung der Planung für den Rathausplatz

Technische Angestellte **Simon** erläuterte die Planungen für den Rathausplatz (insoweit wird auf die Ausführungen zur Ortsbesichtigung verwiesen).

Stadtverordneter **Josef Fröschen** fragte, ob es möglich sei, den Brunnen sandzustrahlen, um ihn schöner zu machen, so dass er sich besser in die Neugestaltung einfüge.

Bürgermeister Jungnitsch erklärte, dass die Umsetzung der ursprünglichen Planung der Umgestaltung des Rathausplatzes mit eventuellem Abriss des Brunnens aufgrund der Haushaltlage leider derzeit nicht mehr möglich sei. Somit müsse man das Bestehenbleiben des Brunnens hinnehmen. Die Idee des Stadtverordneten Fröschen zur Verschönerung des Brunnens werde man als Hinweis gerne aufnehmen, jedoch werde man eine Reinigung mit dem Hochdruckreiniger vornehmen.

Technische Angestellte **Simon** ergänzte, eine solche Maßnahme sei bereits auch geplant.

1. stv. Ausschussvorsitzender **Schneider** erklärte, vielleicht könne man den Brunnen aufhübschen, indem man den hinteren Teil abreiße und nur den Bereich mit der Wasserfontäne beibehalte. Dies dürfte nicht allzu teuer sein, aber schöner aussehen.

Technische Angestellte **Simon** antwortete, dass Problem sei, dass der Brunnen aus einem Stück gegossen worden sei und auch viel Bewehrung enthalte. Es sei bereits einmal ein Angebot für den Abriss des Brunnens eingeholt worden, welches aufgrund der massiven Bauweise jedoch bei 30.000 € gelegen habe. Zudem müsse auch berücksichtigt werden, dass sich unter dem Brunnen die Hochwassereinläufe vom Übach befinden. Diese müssten erhalten werden.

Beschluss:

Die Planung und der Ausbau mit Betonsteinpflaster werden zustimmend zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei 2 Enthaltungen

**4. Bebauungsplan Nr. 86 - Saarstraße - 2. Änderung
hier: Erneuter Aufstellungsbeschluss und Anordnung der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung**

Technischer Angestellter **Engels** stellte den Planentwurf vor (insoweit wird auf die Anlage zur Niederschrift verwiesen).

Er wies abschließend darauf hin, dass man sich für diese Beschlussempfehlung entschieden habe, um einer Überalterung des Quartiers entgegenzuwirken. Ohne diese Änderung stelle dieses Quartier zukünftig keinen Anziehungspunkt mehr für junge Familien mit Kindern dar.

Stadtverordneter **Josef Fröschen** erklärte, dieser Bebauungsplan begleite einen nun schon einige Jahre. Man stehe hier vor einer schwierigen Entscheidung. Insbesondere müsse man sehen, dass man es hier mit zwei verschiedenen Altersgruppen zu tun habe. Aus beiden Einwohnerversammlungen lasse sich keine klare Tendenz ableiten. Jetzt sei es jedoch an der Zeit, eine Entscheidung zu treffen. Er werde für die Beschlussempfehlung stimmen insbesondere in Hinblick auf den zukunftsorientierten Aspekt, auch wenn diese Entscheidung für den einen oder anderen derzeit nicht optimal scheint. Die Wohnflächen sollten für jüngere Familien attraktiver gemacht werden und zum Beispiel auch das Interesse wecken, dass Elternhaus später einmal zu übernehmen. Dies erreiche man seiner Meinung nach mit dem vorgestellten Planentwurf. Wenn man dieser Beschlussempfehlung heute nicht zustimme, werde es immer Einzelne geben, die eine Veränderung wünschen. Diese Einzelanträge über den Kreis bedeuten jedes Mal einen riesigen Verwaltungsaufwand.

Sachkundiger Bürger **Dr. Wissing** fragte, warum die Farbgestaltung und der Putz vorgeschrieben werden.

Technischer Angestellter **Engels** antwortete, man habe sich damals für die Erhaltung der historischen Gestaltung entschieden, die farbige Vorgaben beinhaltet.

Sachkundiger Bürger **Dr. Wissing** fragte nach, ob es sich hierbei um gedeckte Farben handle.

Technischer Angestellter **Engels** bestätigte dies.

Stadtverordneter **Fibus** erklärte, die SPD-Fraktion könne der vorliegenden Beschlussempfehlung so nicht zustimmen. Sie habe die Ergebnisse der Einwohnerversammlung anders interpretiert und eher als Ablehnung des Vorha-

bens empfunden. Man müsse auch berücksichtigen, was die derzeitigen Anwohner wollen.

Stadtverwaltungsrat **Mainz** erklärte, er könne die Einwände verstehen. Jedoch gehe es heute lediglich um den Aufstellungsbeschluss. Im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß den Vorschriften des Baugesetzbuches können sich die einzelnen Betroffenen noch einmal konkret äußern.

Stadtverordneter **Bien** fragte, wie man ein solches Bebauungsgebiet formal in ein Sanierungs- oder Entwicklungsgebiet umwandeln könnte.

Technischer Angestellter **Engels** antwortete, man habe diese Möglichkeit damals aufgrund eines Antrages der UWG geprüft. Das Problem bei der Umwandlung in ein Sanierungsgebiet sei, dass die Stadt mit hohen Kosten in Vorleistung treten müsste. Es seien dazu gemäß Baugesetzbuch „vorbereitende Untersuchungen“ erforderlich, die die Verwaltung alleine nicht leisten könne.

Stadtverordneter **Bien** entgegnete, zum einen habe er von Sanierungs- oder Entwicklungsgebieten gesprochen. Zum anderen müsse es doch eine Möglichkeit geben, dass die Stadt nicht in so hohe Vorleistungen treten müsse. Vielleicht könne man dies noch einmal prüfen.

Sachkundiger Bürger **Dr. Wissing** erklärte, ihm sei ein solches Modell so nicht bekannt. Habe er richtig verstanden, dass in einem ausgewiesenen Sanierungsgebiet private Investitionen teilweise steuerlich absetzbar seien?

Technischer Angestellter **Engels** antwortete, so sei es ihm bekannt.

Stadtverordneter **Fibus** wandte ein, dass er ein solches Modell an dieser Stelle nicht für sinnvoll halte.

Sachkundiger Bürger **Dr. Wissing** entgegnete, dass er dies anders sehe. Dies könne für Investoren durchaus interessant sein.

Sachkundiger Einwohner **Mallmann** bat darum, wieder zur Sache zu kommen.

1. stv. Ausschussvorsitzender **Schneider** erklärte, seiner Auffassung nach haben sich die Teilnehmer an der Einwohnerversammlung mehrheitlich gegen den vorgestellten Planentwurf ausgesprochen. Weiterhin gelte es zu bedenken, dass nicht alle Anwohner Einfluss auf einen Ausbau haben oder mancher es auch nicht möchte. Diejenigen ohne Ausbau werden dann von ihren Nachbarn zugebaut. Vielleicht wäre der ganzen Angelegenheit bereits schon mit der Zulassung von Ausbauten auf den bisher nach Bebauungsplan zulässigen Erweiterungen Genüge getan.

Beschlussempfehlung:

- 1. Der Planentwurf wird zustimmend zur Kenntnis genommen.**
- 2. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit wird gem. § 3 Abs. 1 BauGB in Form eines Planaushangs von einem Monat mit Gelegen-**

heit zur Äußerung und zur Erörterung der Planung durchgeführt.

3. Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wird gem. § 4 Abs. 1 BauGB durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig bei 3 Enthaltungen

5. **2. Änderung des Rahmenbetriebsplanes für den Tagebau Inden, Stellungnahme zum Antrag der RWE Power AG vom 17.12.2010**
-

Stadtverordneter **Josef Fröschen** verlas den letzten Satz der Sitzungsvorlage: "Eine Betroffenheit der Stadt Übach-Palenberg ist nach Auffassung der Verwaltung nicht gegeben." Er erklärte, er habe Sorge, dass es zu Problemen mit dem Grundwasserspiegel kommen könnte. Wenn jetzt ein See angelegt werde und sich später der Grundwasserspiegel erhöhe, könne es zu Überschwemmungen kommen. Diese Bedenken würde er gerne der RWE Power AG mitteilen, damit sich im Falle eines Falles hieraus ein Rechtsanspruch der Betroffenen ableiten lassen könne.

Stadtverwaltungsrat **Mainz** erklärte, dies lasse sich im Zweifelsfall nicht beweisen.

In Bezug auf die Unterlagen erklärte er, dass diese lediglich zur Kenntnisnahme vorgelegt werden. Eine inhaltliche Bewertung sei der Verwaltung nicht möglich.

Beschluss:

Die von der RWE Power AG beantragte 2. Änderung des Rahmenbetriebsplanes für den Tagebau Inden wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

6. **Erweiterungen zur Tagesordnung**
-

Erweiterungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht.

7. **Bericht und Mitteilungen der Verwaltung**
-

Berichte und Mitteilungen der Verwaltung lagen nicht vor.

Da zwischenzeitlich sämtliche Zuschauer und Vertreter der Presse den Sitzungssaal verlassen hatten, einigte man sich darauf, den Vortrag des Herrn Pletz nun doch im nichtöffentlichen Teil der Sitzung zu hören, so dass ge-

benenfalls aufkommende Fragen direkt gestellt werden können. Widerspruch hiergegen erhob sich nicht.

1. stv. Ausschussvorsitzender **Schneider** schloss somit die öffentliche Sitzung um 19.30 Uhr.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss 1. stv. Ausschussvorsitzender **Schneider** um 20.40 Uhr die Sitzung.

Schneider
1. stv. Ausschussvorsitzender

Schade
Schriftführerin